

## Inhalt

### Franktionsberichte:

Besuch der Öko-Region Schinkel

SPD-Kreistagsfraktion in  
Rendsburg-Mastbrook

SPD-Kreistagsfraktion besucht das  
Fertigungswerk Max Bögl und das  
Senvion TechCenter in Osterrönfeld

Kiesabbau im Kreis - wichtiger  
Rohstoff und Belastung zugleich

Neues aus der Teilfraktion  
Soziales- und Gesundheit

Öffentlicher Personennahverkehr im  
Kreis: Eurer Sachverstand ist gefragt!

Schwarz-Gelb-Grün greift  
Fahrschülern in die Tasche!

### Gastbeiträge:

Energiewende –  
wo stehen wir?

Wir brauchen gute Handelsab-  
kommen, die faire Standards setzen

Neues von den JUSOS

### Arbeitsgemeinschaft SPD 60plus:

Die Frage ist...  
„Wohin steuert die SPD?“

STARK im NORDEN!  
AG 60plus mit neuem Vorstand

### Kommentar:

Warum machen wir das eigentlich:  
Windkraft?

### Impressum



## Liebe Genossinnen und Genossen,

die nächsten Wahlen rücken näher. Bereits am 7. Mai 2017 sind die Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner aufgefordert, einen neuen Landtag zu wählen, im Herbst folgt die Bundestagswahl und im Frühjahr 2018 die Kommunalwahlen im Land. In den vergangenen Monaten hat unser Kreisverband mit den Vorbereitungen begonnen. Der Kreisvorstand hat organisatorische Vorbereitungen getroffen und wir haben in den Wahlkreisen Direktkandidatinnen und Direktkandidaten nominiert.

**Drei Wahlkämpfe sowie Offensiven in der Bildungsarbeit und der Dialog mit Vereinen und Verbänden stehen in den nächsten beiden Jahren im Zentrum der Vorstandsarbeit.**

Landtagswahl 2017, Bundestagswahl 2017, Kommunalwahl 2018 – der politische Kalender legt einen Teil unserer Aufgaben bereits fest. Hieraus ergibt sich auch die Schwerpunktsetzung des Kreisvorstands, die wir bei einer Klausurtagung in der Gustav-Heinemann-Bildungsstätte in Bad Malente festgelegt haben.

Gebildet wird eine Wahlkampfkommission, in der von den Jusos bis zur AG 60plus die Vielfalt der Partei vertreten sein wird und die alle drei anstehenden Wahlkämpfe verantwortet, deren Spitze jedoch rotieren wird. Sönke Rix übernimmt die Wahlkampfleitung beim anstehenden Landtagswahlkampf. Wahltage sind Festtage

der Demokratie. Und Wahlkämpfe die Wettbewerbe um die besten Ideen für unser Zusammenleben. Dafür wollen wir mit einem klaren Profil für die SPD werben. Das wird uns bei der Landtagswahl leicht fallen. Hier regieren wir mit den Grünen und dem SSW in unserer Wunschkoalition, die wir gerne fortsetzen wollen. Unser Ministerpräsident Torsten Albig macht einen sehr guten Job. Gemeinsam haben wir viel umsetzen können. Ich denke an den Bildungsdialog auf dem Weg zum Schulfrieden, die Kita-Politik, die Offensive für bezahlbares Wohnen, mehr Mitbestimmung und Tariftreue und das Angehen der längst überfälligen Sanierung unserer Infrastruktur.

Im Anschluss übernimmt Serpil Midyatli die Leitung des Bundestagswahlkampfes. Die Große Koalition wollen wir nicht fortsetzen, sondern für eigene Mehrheiten kämpfen. Das wird nicht leicht, aber wenn wir Haltung und Profil zeigen, kann es uns gelingen.

Ich selbst übernehme derweil die Leitung bei der Vorbereitung der Kreistagswahlen und der Arbeit am Kreiswahlprogramm. Unser aktuelles Programm haben wir 2013 in öffentlichen Foren mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern sowie Vereinen und Verbänden diskutiert. Die Gremien unserer Partei wurden eng einbezogen. Dahinter werden wir nicht zurückfallen. Bereits in den kommenden Monaten wird die Kreis-SPD ihre Dialog-Tour durch Vereine und Verbände des Kreises Rendsburg-Eckernförde fortsetzen. Zuletzt haben Gespräche mit dem DGB sowie den Pröpsten der

Evangelischen Kirche stattgefunden.

Einen Schwerpunkt möchten wir auch bei der innerparteilichen Bildungsarbeit legen. „Regional und fachlich zugeschnittene Angebote sollen ohne jede Hürde für unsere Mitglieder organisiert werden. Auf diese Weise wollen wir Ortsvereine, Kommunalpolitiker\_innen und Neumitglieder bei ihrer Arbeit unterstützen und auf ihre Wünsche und Anliegen eingehen“ erklärt Kreisvorstandsmitglied und Kreistagsabgeordnete Iris Ploog aus Hohenwestedt. „Gerade Frauen nehmen wir dabei in den Fokus. Sie sind in vielen Gremien immer noch unterrepräsentiert. Wir wollen wissen, warum und endlich konkrete Maßnahmen ergreifen, das zu ändern“, fügt Kreisvorstandsmitglied Christiane Buhl aus Rendsburg hinzu.

**Unsere Landtagsabgeordneten:  
Serpil Midyatli, Kai Dolgner und  
Ralf Stegner**

Die Kreis-SPD bereitet sich auf die Landtagswahl 2017 vor. Die Kandidatinnen und Kandidaten dafür stellt der Kreisverband auf seinen Wahlkreis-konferenzen auf.



Im Wahlkreis 08 (Eckernförde) wurde die Landtagsabgeordnete Serpil Midyatli aus Gettorf, stellvertretende Fraktionsvorsitzende, migrations- und kita-politische Sprecherin der Landtagsfraktion erneut nominiert. Auf einer Wahlkreisversammlung in Gettorf erhielt sie 38 Stimmen (100 %).

In ihrer Bewerbungsrede bekräftigte Serpil den Willen, den Wahlkreis direkt für die SPD zu gewinnen: „Das ist der Anspruch, den wir im schönsten Wahlkreis Schleswig-Holsteins haben müssen. Wir haben eine sehr erfolgreiche Bilanz schon zur Halbzeit der Legisla-

tur vorgelegt. Das ist auch etwas was wir nicht nur mit der Regierung sondern auch mit der gesamten Fraktion präsentieren konnten.“

Ins gleiche Horn stieß der Landes- und Fraktionsvorsitzende Dr. Ralf Stegner, der die Versammlung zuvor auf den bevorstehenden Wahlkampf eingestimmt hatte. „Hier tritt der Oppositionsführer im Wahlkreis gegen sie an. Es wäre eine tolle Sache, wenn Serpil den Wahlkreis gewinnt. Das wäre gut für ganz Schleswig-Holstein und natürlich auch für den Wahlkreis rund um Eckernförde.“ „Ein besseres Schleswig-Holstein kommt nicht von allein“, so Ralf, „dafür müssen wir uns auch anstrengen.“ Die SPD wolle die Koalition fortsetzen. Die Schwäche des Gegners helfe dabei aber nicht automatisch.

Ministerpräsident Torsten Albig, der ebenfalls zu den ersten Gratulanten gehörte, stellte heraus, dass die SPD den Angstmachern eine Politik entgegensetzen werde, die auf Zuversicht und Hoffnung setzt. „Unsere Themen sind gute Arbeit, die beste Bildung von Beginn an, Familien entlasten wir und die Infrastruktur wird bis 2030 einmal komplett schier gemacht. Das gilt für Gebäude, Straßen und Breitband in der Fläche.“



Im Wahlkreis 10 (Rendsburg) wurde der Landtagsabgeordnete Kai Dolgner aus Osterrönfeld erneut nominiert. Er erhielt 24 von 24 Stimmen (100 %). Er ist auch Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion und verantwortet im Landtag für die SPD den Bereich der Innen-, Rechts- und Kommunalpolitik.

In seiner sehr persönlichen Bewerbungsrede verband Kai seinen eigenen Werdegang mit seinem Politikverständnis. Er warb für eine engere Zusammenarbeit der Rendsburger Um-

landgemeinden in verschiedenen Themenfeldern und versprach, ein offenes Ohr für die Problemlagen seines Wahlkreises zu haben. So werde er sich auch weiterhin für wichtige Einrichtungen einsetzen, als Beispiel nannte er die Imland-Klinik und das Nordkolleg. Unter den persönlichen Erfolgen der vergangenen Legislaturperiode hob Kai die Stärkung der Gemeinderäte, die Verbesserungen bei der Bürgerbeteiligung und die Modernisierung des Mitbestimmungsgesetzes hervor. Es stehe für gute Arbeit und Teilhabe.

Ministerpräsident Torsten Albig stellte Schwerpunkte seiner Regierungsarbeit dar und verband diese mit konkreten Perspektiven für das Land Schleswig-Holstein. So habe man nach dem Bildungsdialog mit dem neuen Schulgesetz endlich aufgehört, verschiedene Schulformen gegeneinander auszuspielen. Ziel sei es, jetzt Stück für Stück die Unterrichtsversorgung zu verbessern. Bildung genieße weiterhin Priorität für die SPD. Torsten stellte am Beispiel der A7 dar, wie notwendig es sei, endlich konzentriert den Sanierungsstau der Infrastruktur anzugehen. Bis 2030 werde das Land durch gezielte Investitionen vollständig saniert. Dies müsse gut gemanagt sein, dafür gebe das gemeinsame Baustellenmanagement mit Hamburg an der A7 ein Beispiel. Er wolle Politik „nicht mit Angst, sondern mit Solidarität, Gerechtigkeit und Gemeinsinn im Blick“ gestalten, so der Ministerpräsident in Rendsburg.

Ich selbst habe Kai als stellvertretender Kreisvorsitzender anschließend gratuliert: „Kai Dolgner überzeugt mit außerordentlichen Sachverstand, den er mit einem klaren sozialdemokratischen Kompass kombiniert. Ich glaube, gerade das schätzen die Menschen an einem Politiker. Wir freuen uns sehr, wenn Kai Dolgner auch nach dem 7. Mai 2017 wieder für seine Themen der Inneren Sicherheit und der Kommunalen Belange im Landtag mitarbeitet. Dafür werden wir bis zum Wahltag gemeinsam werben“.

Im Wahlkreis 09 (Rendsburg-Ost) wurde der Landtagsabgeordnete Ralf Stegner aus Bordesholm erneut nominiert. Er erhielt 34 Stimmen (ein-

stimmig, bei 2 Enthaltungen). Er ist SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzender sowie stellvertretender Bundesvorsitzender.

In seiner Bewerbungsrede betonte Ralf, warum es sich lohne, dafür zu kämpfen, dass die SPD bei der Landtagswahl 2017 stärkste Kraft werde. Er verwies auf eine positive Regierungsbilanz. „Für uns gilt Versprochen. Gehalten!“ Die Themenfelder Bildungschancen für alle Kinder, gute Arbeitsbedingungen, solide Finanzen und die Sanierung der Infrastruktur benannte er als Schwerpunkte auch der kommenden Legislaturperiode. Als zentrales Ziel für die Regierungszeit 2017 bis 2022 nannte Ralf die gebührenfreie Kita. „Mit dem Kita-Geld über 100 Euro für Familien mit U3-Kindern in einer Krippe gehen wir ab 1. Januar 2017 den ersten Schritt. Diesen Weg werden wir schrittweise fortsetzen, bis die gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Uni endlich Realität ist.“ Es gehe in Zeiten aufkommenden Rechtspopulismus zudem mehr denn je darum, Schleswig-Holstein zusammenzuhalten.

Serpil gratulierte zur einstimmigen



Nominierung: „Ralf Stegner ist ein sehr verlässlicher, aber auch harter politischer Verhandler.“ Wer ihn überzeugen wolle, brauche eine gute Vorbereitung und starke Argumente. Sie schätze aber auch seine Offenheit für solche Debatten. Serpil überbrachte auch Grüße von Stegners Fraktionsvorsitzenden-Kollegen aus dem Kieler Landtag, Eka von Kalben (Grüne) und Lars Harms (SSW). Ziel der SPD ist es, die gemeinsame Küstenkoalition auch nach dem Wahl am 7. Mai fortzusetzen.

Im Wahlkreis 19, zu dem neben dem südlichen Rendsburg-Eckernförde große Teil des Kreises Steinburg gehören, wurde kurz vor Redaktionsschluss

Stefan Bolln nominiert.

**Unser Bundestagsabgeordneter: Sönke Rix**

Auf der Wahlkreiskonferenz zur Bundestagswahl zog unser Kreisvorsitzender und Bundestagsabgeordneter Sönke Rix eine positive Bilanz: „Es ist nicht immer leicht mit der Union in einer Großen Koalition, aber in vielen Feldern bestimmt die SPD die Bundespolitik“. Als Beispiel nannte Sönke die Familienpolitik. „Unser Dreiklang ist uns wichtig: Wir wollen Familien Zeit geben, egal ob für Kinder oder die Pflege von Angehörigen. Wir wollen eine entsprechende Infrastruktur zur Verfügung stellen. Und wir wollen Familien finanziell entlasten.“ In diesem Zusammenhang lobte Sönke das Kita-Geld der Landesregierung, mit dem Familien mit einem Kind in der Krippe ab dem Jahr 2017 um 100 Euro monatlich entlastet werden sollen. „Das ist der erste Schritt auf dem Weg zur Beitragsfreiheit von der Kita bis zur Uni.“ Er ist familienpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und vertritt Rendsburg-Eckernförde seit 2005 in Berlin.

Die Delegierten wählten Sönke mit 75 Stimmen bei einer Enthaltung ein-



stimmig zum Direktkandidaten für den Bundestagswahlkreis 04 (Rendsburg-Eckernförde, ohne Altenholz und Kronshagen).

Bereits am Vorabend war für den Kieler Wahlkreis mit Kronshagen und Altenholz Mathias Stein zum Kandidaten gewählt worden.

**Jetzt starten wir die  
Programmdiskussion zur  
Landespolitik**

Beim außerordentlichen Kreisparteiabend in Altenholz haben wir auch gemeinsam mit unserem Gast Ministerpräsident Torsten Albig die Diskus-

sion zum Landtagswahlprogramm eröffnet. Torsten erinnerte an unsere Verantwortung für den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft. Hierfür hätten Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten immer gestanden. Bei den anstehenden Wahlen ginge es auch darum, die Rechtspopulisten zu stellen. Das Land stehe vor einer Richtungsentscheidung. Er wolle Haltung bewahren. Dies gelte für alle politischen Ebenen von der Kommune bis zum Bund. Ausdrücklich lobte Albig in diesem Zusammenhang die Arbeit des Altenholzer Bürgermeisters Carlo Ehrlich.

Engagiert diskutierten Genossinnen und Genossen, die Bilanz der rot-grün-blauen Landesregierung sowie erste Leitlinien für das Regierungsprogramm 2017 – 2022. Auf einer Mitgliederkonferenz am 02. November wird die Kreis-SPD über Details des Regierungsprogramms sprechen, das die Landes-SPD am 26. November in Neumünster beschließen will.



**GÖTZ BORCHERT**

stellvertretender Kreisvorsitzender



## Besuch der Öko-Region Schinkel

Der erste Halt der Sommerbereisung 2016 der SPD-Kreistagsfraktion lag in der Öko-Region Schinkel - ein Aushängeschild für den Kreis Rendsburg-Eckernförde. Rund 80 Prozent der Gemeindefläche von Schinkel werden ökologisch bewirtschaftet. Informieren wollten wir uns, wie eine umwelt- und Natur schonende Landwirtschaft ohne den Einsatz von Glyphosat und anderen Pestiziden in der Praxis funktioniert und wie die Politik unterstützen kann, damit mehr Betriebe in Schleswig-Holstein umsteigen.

Anfang August trafen sich unter Leitung des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Hans-Jörg Lüth Fraktionsmitglieder und Gäste, darunter Götz Borchert und Jürgen Strack vom



Kreisvorstand, örtliche SPD-Gemeindevertreter sowie die CDU-Bürgermeisterin von Schinkel, zunächst zur Betriebsführung auf Gut Rosenkrantz, dem größten Öko-Betrieb der Region mit 530 Hektar Betriebsfläche. Ernst Friedemann von Münchhausen erläuterte uns auf dem Acker, wie durch die Stickstoffbindung durch Leguminosen (hier mit Ackerbohnen) auf mineralische Stickstoffdünger verzichtet werden könne. Eine abwechslungsreiche Fruchtfolge und robuste Sorten ermöglichten eine Bewirtschaftung ohne den Einsatz von Pestiziden.

Weiter ging es zu einem vergleichsweise viel kleineren Betrieb, dem Ziegenhof Mevs. Hier durften wir beim Melken einiger der 170 Ziegen zuschauen und den mobilen Hühnerstall mit seiner Zweinutzungshühnerrasse „Deutsche Sperber“ in Augenschein nehmen. Neben den 100 Legehennen dürfen hier auch 60 Hähnchen erwachsen werden anstatt wie bei konventionellen Landwirtschaft als Küken geschreddert zu werden. Bei leckeren Snacks mit Ziegenkäse fand abschließend auf Gut Uhlenhorst eine Diskussionsrunde mit Öko-Bauern und Akteuren der Region statt.

Wir erfuhren große Zufriedenheit der Landwirtschaftsvertreter mit den in der laufenden Legislaturperiode verbesserten Rahmenbedingungen für den Öko-Landbau in Schleswig-Holstein. Im Gegensatz zu vielen Kollegen aus der konventionellen Landwirt-



schaft kämen die Öko-Bauern trotz der aktuellen Krisen auf den Absatzmärkten bestens zurecht. Vorgestellt wurde uns auch ein neues Konzept namens „Solidarische Landwirtschaft“. Dabei versorgen Höfe eine Gruppe von Verbrauchern mit Lebensmitteln. Diese wiederum finanzieren durch einen festgelegten Betrag die landwirtschaftliche Produktion in ihrer Region. Löhne, Pacht und Betriebsmittel sind bezahlt, die erzeugten Lebensmittel werden untereinander verteilt. Darüber hinaus hat die Solidarische Landwirtschaft einen gesellschaftlichen Aspekt. Die Solidar-Höfe sind Generationen übergreifende Orte der Bildung und verbinden Mensch und Natur.

Alle, die dabei waren, haben erlebnisreiche, informative und kurzweilige viereinhalb Stunden miteinander verbracht. Einsetzen werden wir uns in jedem Fall dafür, dass die Rahmenbedingungen für die ökologische Landwirtschaft weiterhin gut bleiben und noch verbessert werden, denn am Ende spart sie uns Geld, das wir ansonsten für die Reinhaltung von Gewässern, für den Klima- und Naturschutz an anderer Stelle wieder ausgeben müssten.



DR. INA WALENDA



## SPD-Kreistagsfraktion in Rendsburg-Mastbrook

Im Rahmen der Sommertour der SPD-Kreistagsfraktion besuchten Mandatsträger aus Kreis und Stadt den Stadtteil Mastbrook, um sich über die Probleme und Aktivitäten in diesem Viertel zu informieren. In einem einführenden Statement machte Bürgermeister Gilgenast deutlich, dass es sich um einen sozialen Brennpunkt handelt, denn 54 % aller Kinder leben in Haushalten mit Harz IV-Bezug. Die Stadt beteiligte sich an dem Förderprogramm „Soziale Stadt“, um mit zahlreichen Maßnahmen die Lebensverhältnisse der Menschen zu verbessern.

Ins Detail ging dann der Fachbereichsleiter Herr Schauer, der die vielfältigen Aktivitäten im Einzelnen vorstellte. Dabei betonte er, dass die Stadt alleine überfordert sei, diese Aufgaben zu

bewältigen. Man sei auch auf die Hilfe von Vereinen und Verbänden angewiesen und sei besonders dankbar für das ehrenamtliche Engagement.

Speziell vorgestellt wurde im Verlauf eines Rundgangs das Stadtteilhaus in der Kolberger Straße. Frau Rullmann und Frau Jöhnk stellten die Arbeit der Brücke vor. Sie sagten, um die Lebensverhältnisse der Menschen insgesamt zu verbessern, sei die Familienberatung sehr wichtig, die bei allen einzelnen Maßnahmen, vom Kindergarten bis zur Altenbetreuung, unter dem Aspekt der „Prävention und Nachhaltigkeit“ als verbindende Klammer von besonderer Bedeutung sei. Hinzu komme im verstärkten Maße die Integration der Flüchtlinge durch spezielle Angebote.

Nach einem Rundgang durch die „Grüne Mitte“ wurde die Arbeit der BIG-Städtebau vorgestellt, die sich im Auftrag der Stadt um die Sanierung der Wohnungen und des Wohnumfeldes kümmert. Die Gestaltung der „Grünen Mitte“ wurde als gelungenes Beispiel für die Verbesserung der Lebensqualität vorgestellt und ausführlich über die geplante Mehrzweckhalle im Rahmen der konzeptionell vorgesehenen Stadteilschule berichtet.

Ein gesonderter Punkt war die Besichtigung des Marienhofes, der vom stellvertretenden Geschäftsführer, Herrn Bunte, vorgestellt wurde. Dort leben und arbeiten 140 Behinderte, die von 30 Fachkräften betreut werden. Schwerpunkt der Aktivitäten ist der Garten- und Landschaftsbau, wobei die Aufträge sowohl von Privaten als auch von der öffentlichen Hand kommen. Daneben wird ein Reitverein mit Pferdepension betrieben und ca. 150 ha landwirtschaftliche Nutzfläche bearbeitet. Die Bioprodukte werden selbst vermarktet.

Insgesamt nahmen die Besucher den Eindruck mit, dass Mastbrook sich positiv entwickelt und die Bewohner sich auch aufgrund der Fördermaßnahmen zunehmend mit dem Stadtteil identifizieren und auch Eigeninitiativen ergreifen. Deshalb sei es auch notwendig, die lange Zeit umstrittene, aber inzwischen beschlossene Mehrzweck-



halle neben der Grundschule zu bauen. Diese könnte sich zum Ausgangspunkt für weitere Aktivitäten entwickeln, um Mastbrook als Lebensraum aufzuwerten.



RENATE BRUNKERT  
Kreistagsabgeordnete

## SPD-Kreistagsfraktion besucht das Fertigungswerk Max Bögl und das Senvion TechCenter in Osterrönfeld

„Wind schafft Arbeit und Wertschöpfung!“ Dieses Fazit zog die SPD-Kreistagsfraktion nach ihrem Besuch bei Max Bögl und Senvion in Osterrönfeld, der die diesjährige Sommerbereitung abschloss. „Wer weiß schon, dass beide Unternehmen zusammen etwa 1.100 Menschen eine Beschäftigung bieten: Max Bögl etwa 200, einschließlich der Subunternehmen und Senvion in Osterrönfeld und Büdelsdorf sogar 900 Menschen“, hob der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Martin Tretbar-Endres hervor. Die Gespräche hätten gezeigt, dass die Windenergiebranche hoch innovativ sei und höchsten Qualitätsanforderungen genüge müsse, so der Rendsburger Kreis- tagsabgeordnete.

Bei Max Bögl wird pro Tag etwa ein Windenergeturm produziert. Das Fertigungswerk Osterrönfeld setzt dabei bei der Anlieferung der Materialien - wenn möglich - auf das Schiff oder die Bahn. Der Abtransport der produzierten Windturmringe geschieht zu großen Teilen über den Schwerlasthafen. Positiv sei auch, so Tretbar-Endres, dass der Sand als ein wichtiger Rohstoff aus Warder im Kreis Rendsburg-Eckernförde komme.

Senvion arbeite daran durch technische Innovationen die Windenergie sowohl im Offshore als auch im Onshore-Bereich noch kostengünstiger zu machen. Besonders beeindruckt waren die Kreistagsabgeordneten von dem



Controlling-Center bei Senvion, in dem im Rundumbetrieb weltweit die Windenergieanlagen von Senvion kontrolliert und wenn möglich Störfälle direkt behoben werden. „Hier kann man mit Fug und Recht Osterrönfeld als Mittelpunkt der Windenergie-Welt bezeichnen“, sagte Martin Tretbar-Endres.

Die Mitglieder der SPD- Kreistagsfraktion und der als Gast teilnehmende Geschäftsführer der Wirtschaftsförderungsgesellschaft, Kai Lass, nahmen aber auch die Sorgen der beiden Unternehmen mit, die vor allem aus zahlreichen offenen Fragen rund um die

Windenergienutzung in Deutschland resultieren: von fehlenden Netzkapazitäten zum Transport des Wind-Stroms, über die Reform des Erneuerbare Energie Gesetzes (EEG) bis hin zu nicht nachvollziehbaren Akzeptanzproblemen der Windenergie. Dies alles führe dazu, dass die Windenergiebranche den Wachstumsmarkt eher außerhalb Deutschland sehe. Daher sind beide Unternehmen auch auf dem internationalen Markt erfolgreich tätig und sichern damit Arbeit und Einkommen im Wirtschaftsraum Rendsburg. „Dies wird teilweise gar nicht genügend wahrgenommen“, sagte der SPD-Fraktionsvorsitzende Kai Dolgner. Er appellierte daher an die Windkraftbranche hier offensiver in die Öffentlichkeit zu gehen.



**MARTIN TRETBAR-ENDRES**

Kreistagsabgeordneter

T: 04331/23 945, M: 0178/23 51 509

[martin.tretbar-endres@gmx.de](mailto:martin.tretbar-endres@gmx.de)



## Kiesabbau im Kreis - wichtiger Rohstoff und Belastung zugleich

Die zweite Veranstaltung der SPD-Kreistagsfraktion im Dialog befasste sich mit „Kiesvorkommen im Kreis – wieviel Abbau geht noch?“. Wirtschaftsstaatssekretär Dr. Frank Nägele machte deutlich, dass die Wirtschaft auf Kies als Rohstoff angewiesen ist. Betriebe wie Bögl, die Fundamente für Windkraftanlagen produziert, würden sich sonst nicht im Kreisgebiet ansiedeln. Die rechtlichen Grundlagen sowie die Kiesplanung im Kreis mit den erschöpften und aktuellen Abbaubereichen stellte Michael Wittl, Leiter des zuständigen Fachdienstes, vor. Die Erstellung dieser Übersicht geht übrigens auf einen SPD-Antrag im Bau- und Umweltausschuss zurück.



Dass Kiesabbau für die Natur einen irreversiblen Eingriff bedeutet, machte Dr. Ina Walenda als Landesgeschäftsführerin der NaturFreunde deutlich. Oftmals gäbe es nur Folgenutzungen wie Deponien, Recyclinghöfe, Kalksandsteinwerke und keine Renaturierungen.

Für die betroffenen BürgerInnen bedeutet Kiesabbau enorme Belastungen durch Lärm, Staub und Gestank sowie eine Verminderung der Lebensqualität und eine Wertminderung ihrer Grundstücke, stellte Timo Kraft von der BI Brekendorf anschaulich dar.

Dr. Guntram Lauenstein, Geschäftsführer der Peter Glindemann Kieswerke, Erdbau, Abbruchtechnik, schilderte die Möglichkeiten der Verwendung von Recycling-Materialien. Bei der Aufbereitung von Bauschutt und Erden ist sein Betrieb seit langem Vorreiter, so

u.a. mit einer eigenen Bauschutt-Recyclinganlage. Allerdings seien die Möglichkeiten mit rund 20 Prozent Kiesersatzstoffen fast ausgeschöpft, mehr sei weder vom Aufkommen aus Abbruch noch technisch möglich. Eher würden neue Vorschriften und Auflagen einen Einsatz verhindern.

In der Diskussion wurden nochmals die Ängste der BürgerInnen vor einem Kiesabbau deutlich, eine frühzeitige Einbeziehung in die Planungen wurde gefordert.

Fraktionsvorsitzender Dr. Kai Dolgner betonte die Notwendigkeit des Kiesabbaus für die Wirtschaft, zeigte aber Verständnis dafür, dass die Gemeinden benachteiligt seien. „Wer den Nachteil hat, soll auch den Vorteil haben“ forderte er. Ein Ausgleich, auch finanziell,

müsse erfolgen, die Eingriffe regional ausgeglichen werden.

Die SPD-Kreistagsfraktion wird als Konsequenz des Dialogs einen Antrag stellen, der über den Kreis eine frühzeitige Information und Einbeziehung aller Ämter und Gemeinden, die möglicherweise durch die Landesplanung vom Kiesabbau betroffenen sind, sichern soll. Auch sollen Möglichkeiten eines geeigneten finanziellen Ausgleichs für die betroffenen Gemeinden erörtert werden.

Wer sich genauer über die Kiesplanung im Kreis oder die anderen Referate informieren will, findet dies auf der Homepage der SPD-Kreistagsfraktion, unter Veranstaltungen der Fraktion:

[www.spd-net-sh.de/rdeck/fraktion/](http://www.spd-net-sh.de/rdeck/fraktion/)



**HANS-JÖRG LÜTH**  
Stellvertr. Fraktionsvorsitzender  
der Kreistagsfraktion

## Neues aus der Sozial- und Gesundheitspolitik

Die demografische Entwicklung gibt es uns vor: einer ständig wachsenden Zahl von pflegebedürftigen Menschen steht eine sinkende Zahl potentiell Pfleger gegenüber. Für 2030 benötigen wir allein für Schleswig-Holstein ca. 17.000 Pflegekräfte mehr als wir heute haben.

Die Bundesregierung hat auf den jetzt schon bestehenden Fachkräftemangel in der Pflege reagiert mit dem neuen „Pflegeberufegesetz“. Ab 2018 werden die Ausbildungen in der Gesundheits- und Krankenpflege/Kinderkrankenpflege sowie in der Altenpflege zu einem Ausbildungsberuf zusammengefasst.

### Neues Ausbildungszentrum der imland Klinik geplant

Die Pflegeschule der imland Klinik ist jetzt vierzig Jahre alt. Sie ist in einem ehemaligen Wohnheim untergebracht und dringend sanierungsbedürftig. Gleichzeitig ist sie unverzichtbar für die Förderung des Pflegenachwuchses und die Sicherstellung des Fachkräftebedarfs an Krankenpflegepersonal unserer Klinik. Aus den hier genannten Gründen plant unsere imland Klinik mit einem externen Partner ein völlig neues Ausbildungszentrum, in dem neben der Ausbildung in der Kranken- und Altenpflege ebenfalls Menschen mit Behinderungen inklusiv ausgebildet werden sollen. Unser Landtagsabgeordneter vor Ort, Kai Dolgner, unterstützt dieses Vorhaben und setzt sich aktiv für dessen Realisierung ein. Ein erster Bescheid des Sozialministeriums zur finanziellen Förderung liegt bereits vor. Jetzt geht es um die weitere Feinabstimmung. Dieses könnte ein landes- wenn nicht bundesweites „Leuchtturmprojekt“ werden.

### Ein Jahr Gutachten zur wirtschaftlichen Situation der imland Kliniken

Vor einem Jahr legte die BDO (eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft) ein 280 Seiten umfassendes Gutachten zur wirtschaftlichen Situation der imland GmbH (100% Tochter des Kreises) vor. Der Kreis als Eigentümer hatte dieses Gutachten in Auftrag gegeben, um



in schwierigen Zeiten genaue Analysen zur Ist-Situation und Handlungsempfehlungen zur mittel- und langfristigen Konsolidierung und wirtschaftlichen Absicherung unserer Krankenhäuser im Kreis Rendsburg-Eckernförde zu erreichen. In diesem einen Jahr wurden erhebliche Anstrengungen unternommen, um die im Gutachten aufgezeigten Schwachstellen zu beseitigen, die Liquidität und Investitionsfähigkeit der Gesellschaft zu sichern und damit die Gesundheitsversorgung in öffentlicher Trägerschaft im größten Flächenkreis des Landes auf Dauer zu gewährleisten.

So wurden unter der Einbeziehung von Fachleuten eine zentrale Steuerungsgruppe und Arbeitsgruppen zum wirtschaftlichen Controlling, der Frage der Gestaltung von Arbeitsverträgen und übertariflichen Aufwendungen sowie 42 Projektgruppen eingerichtet, die zu ganz detaillierten und hoch komplexen Einzelthemen Veränderungsvorschläge ausarbeiten und deren Umsetzung begleiten. Das alles ist eine Mammutaufgabe und kann nur gelingen, wenn alle Beteiligten, insbesondere die Belegschaft, mitgenommen und im Sinne eines „bottom up“ Prozesses beteiligt werden. Alle Maßnahmen sind eng mit dem Personalrat der Klinik abgestimmt. Erste Erfolge zeichnen sich jetzt bereits ab.



ULRICH KAMINSKI

Sozial- und Gesundheitspolitischer Sprecher der SPD Kreistagsfraktion; stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrates der imland GmbH



## Öffentlicher Personennahverkehr im Kreis: Eurer Sachverstand ist gefragt!

In unserem Kreis werden im nächsten und im übernächsten Jahr die Busverkehre neu ausgeschrieben und vergeben. Wir wollen als SPD-Kreistagsfraktion die Ausschreibung dafür nutzen, einen attraktiven, finanzierbaren Öffentlichen Personen Nahverkehr auch in der Fläche unseres Kreises sicherzustellen und wenn möglich, das Angebot zu verbessern. Dies steigert auch die Attraktivität der Städte und Gemeinden in unserem Kreis.

Wie bei der Ausschreibung des Stadtverkehrs Rendsburg wird der Regionalentwicklungsausschuss dabei über die Kernpunkte der Ausschreibung entscheiden. Dabei geht es neben der Qualität und den Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten vor allem um das Liniennetz, die Häufigkeit der Bedienung sowie um mögliche Bedienformen.

Die ersten Diskussionen zur Ausschrei-



bung werden noch in diesem Jahr beginnen. Wir möchten dies nutzen, um das bisherige Angebot zu hinterfragen:

- Entspricht die Linienführung noch den Notwendigkeiten?
- Sind die Fahrpläne noch zeitgemäß?
- Gibt es Strecken, die entfallen bzw. anders laufen könnten?
- Gibt es eine Verknüpfung zwischen der - falls vorhandenen - Bahn und dem Busverkehr?

Ihr kennt die Gegebenheiten vor Ort

am besten. Deshalb die Bitte: Wenn Ihr Anregungen und Hinweise zu den genannten Fragen aus Eurer Gemeinde habt oder weitere Punkte für wichtig haltet, teilt uns dieses mit. E-Mail reicht: [martin.tretbar-endres@gmx.de](mailto:martin.tretbar-endres@gmx.de)

Übrigens: „Der Bus vor Ort“ könnte auch ein interessantes und für uns gutes Thema im Kommunalwahlkampf werden.



MARTIN TRETBAR-ENDRES,  
Sprecher der SPD Kreistagsfraktion im  
Regionalen Entwicklungsausschuss

## Schwarz-Gelb-Grün greift Fahrschülern in die Tasche!

Dass der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion die Elternbeteiligung an den Schülerbeförderungskosten abzuschaffen von CDU, Grünen und FDP im zuständigen Regionalen Entwicklungsausschuss abgelehnt wird, hat uns nicht wirklich überrascht. Dass diese aber gemeinsam sogar die Elternbeteiligung um knapp 15% (von 84 auf 96 €) für das erste und sogar 25 % (von 24 auf 30 €) für das zweite Kind erhöhen und in Zukunft jährliche automatische Erhöhungen durchsetzen ist schon ein starkes Stück. 85.000 € mehr sollen die Eltern im Jahr aufbringen und dass bei einem Kreishaushalt, der nun wahrlich nicht notleidend ist. Wenn nicht jetzt - wann dann wäre die Gelegenheit, das die gute Finanzlage auch bei den Eltern ankommt.

Das Verhalten von schwarz/grün/gelb ist auch ein Schlag ins Gesicht der Kreiselternbeiräte, deren Wünsche nach Qualitätsverbesserung ignoriert wurden. Ihre Ziele sind weitgehend deckungsgleich mit unseren Anträgen und unserem Wahlprogramm und



wir werden bei der entscheidenden Kreistagssitzung am 21. November unsere Positionen einbringen, zur Abstimmung stellen und damit die Kreiselternbeiräte unterstützen. Im Sinne einer gerechten und guten Schülerbeförderung.

Aktualisierung: Am 1. November teilte die Verwaltung und der CDU- Ausschussvorsitzende überraschend mit,

dass wesentliche Teile der Schülerbeförderungssatzung nun doch nicht zum Schuljahr 2017/18 geändert werden könnten. Vertreter des Gemeindetages hätten noch viele rechtliche und Verfahrenstechnische Fragen aufgeworfen. Jamaika hat daraufhin zunächst seine Erhöhungsabsichten zurückgestellt – aber sicher nicht aufgehoben. Die SPD-Kreistagsfraktion bleibt bei ihrer Forderung nach Abschaffung der Elternbeteiligung ohne Wenn und Aber und einer Qualitätsverbesserung in der Schülerbeförderung.



KURT SCHERBARTH  
MARTIN TRETBAR-ENDRES

## Gastbeitrag

### Energiewende – wo stehen wir?

Nach wie vor zählt Deutschland mit einem Anteil Strom Erneuerbaren Energien von inzwischen rund 35 % am Bruttostromverbrauch weltweit zu den Energiewende-Vorreiterländern.

Der rasante Ausbau Erneuerbarer Energien während der letzten Jahre ist dabei aber auch zum ernsthaften Konkurrenten der konventionellen Energiewirtschaft geworden, zumal ein Ineinandergreifen im Mix der Erneuerbaren, die Speicherbarkeit, ein geschicktes Netzmanagement und der Einsatz von KWK zunehmend auch Versorgungssicherheit gewährleisten können.

Dies bedeutet zugleich: Die Geschäftsfelder der Kohleenergie-Wirtschaft sind heute so bedroht wie noch nie. Und eben dies wirkt sich auch in der täglichen Energiepolitik aus. Mit den Rufen nach „Planbarkeit“ und „Bezahlbarkeit“ wurden mit der EEG-Novelle 2016 die Ausbauzahlen Erneuerbarer Energien erstmals der Höhe nach limitiert. Damit das Limit nicht „gerissen“ wird, können zukünftig (jenseits einer Bagatellgrenze von 1 MW) nur noch ausgeschriebene bzw. über Gebote zu erlangende Mengen ausgebaut werden. Uns sollte klar sein: Ein solches Limit nutzt in erster Linie der herkömmlichen Energiewirtschaft, deren Geschäftsfelder hierdurch gesetzlich gesichert und damit berechenbar für eine deutlich längere Zeit erhalten bleibt, als dies mit einem unlimitierten Ausbau Erneuerbarer Energien gemäß des bisherigen gesetzlichen Förderrahmens der Fall gewesen wäre.

Eine erfolgreiche Energiewende erfordert heute somit mehr denn je, die „Sprache“ widerstreitender Interessen wahrzunehmen. Denn: Mitnichten steckt hinter jedem „Ja“ eine progressive Haltung. Widerstreitende Interessen sind aber nicht immer auf den ersten Blick erkennbar. Keiner (außer der AfD) würde in Deutschland heute offen die Energiewende in Frage stellen!

Anhand von drei Beispielen möchte ich einige Annahmen benennen, die auf eine Verlangsamung der Energiewendeziele.



#### Beispiel 1:

„Erst müssen die Netze ausgebaut werden, dann die ErneuerbareN Energien“.

Der Netzausbau (bei solchen Aussagen sind die Übertragungsnetze gemeint, da es auf der Verteilnetzebene eher um Ertüchtigung und Innovation geht), geht sehr schleppend voran – er kann viele Jahre dauern, Jahre der Ungewissheit. Wer soll unter solchen Umständen wo noch mit einer Beteiligung am Ausbau Erneuerbarer Energien aktiv werden?

Auch sachlich gesehen ist die Annahme falsch: Zum einen kann die Verteilnetzebene mit entsprechender Ertüchtigung sehr viel mehr leisten als unterstellt, zum anderen muss nicht jede kWh aus Schleswig-Holstein nach Bayern transportiert werden. Wertschöpfung vor Ort, Dezentralität ist das Stichwort: Über Power to heat (Stromumwandlung in Wärme), power to gas (Stromumwandlung in Wasserstoff oder unter Hinzunahme von CO<sub>2</sub> in Methan für Mobilität) kann Strom auch für Sektoren verwendet werden, in denen wir noch ganz am Anfang der Energiewende stehen: im Verkehrs- und Wärmesektor und für eine Kopplung dieser Sektoren mit der Stromgewinnung. Mit dem Warten auf Übertragungsnetze kann es zudem passieren, dass ein so gesteuerter Ausbau am – dann – tatsächlichen Bedarf vorbei geht. Ein ins Stocken geratener Ausbau Erneuerbarer Energien

bremst Innovation im Umgang mit Überschussstrom zur Verwendung im Wärme- und Verkehrssektor (Sektorkopplung) und erzwingt eine fortbestehende Abhängigkeit von „immer verfügbarem“ Kohlestrom. Schwer regelbarer Kohlestrom beansprucht wiederum Netzkapazität – verstopft die Netze; es folgt der Ruf nach mehr Netzen: Ein Teufelskreis.

Fazit: Mit dem Ausbau Erneuerbarer Energien sollte nicht auf Übertragungsnetze gewartet werden.

#### Annahme 2:

„Energie muss bezahlbar bleiben - Erneuerbare Energien sind noch zu teuer“

Atom- und Kohleverstromung sind mit immensen Kosten verbunden, die nicht auf der Stromrechnung stehen, aber dennoch von der Allgemeinheit zu tragen sind und in vielerlei Vergünstigungen bzw. verdeckten Subventionen stecken. Bei der Atomenergie sind es insbesondere unbeherrschbare Risiken sowie die ungelöste Endlagerfrage, für die die Konzerne zwar etwas leisten, aber über die kommenden Jahrtausende gerechnet ganz offensichtlich nur einen kleinen Bruchteil der tatsächlichen Lasten getragen haben werden. Bei der Kohleenergie ist es die Verschmutzung von Luft und Böden (saurer Regen), ganz zu schweigen von dem Raubbau an Natur, Gesundheit und kulturell gewachsenen Lebensräumen sowie tausenden heute



schon umgesiedelten Menschen durch Braunkohletagebau.

Und: Fossile Ressourcen sind endlich. Energie ist der Schlüssel für Zivilisation und gesellschaftlicher Teilhabe. Wie wird die Welt von morgen aussehen, wenn Ressourcen wenigen Reichen vorbehalten bleiben?

Dies führt uns unweigerlich zur Ablösung von Kohleenergie – sowohl aus Gründen des Klima-, umwelt- und Gesundheitsschutzes als auch zur Beendigung der Abhängigkeit von endlichen Ressourcen. Bisher haben wir in Deutschland mit der Energiewende weltweit Ausstrahlungswirkung erzielt. Das war – neben dem Innovationsgehalt für unsere Wirtschaft – die beste Entwicklungshilfe, die wir je leisten konnten und hat uns weltweit betrachtet Vorreiterrollen in Zukunftstechnologien vermittelt. So wurden allein in Deutschland über 440.000 Arbeitsplätze geschaffen. Teilweise sind sie uns inzwischen wieder verloren gegangen – auch durch politische Kurzsichtigkeit. Den Wendepunkt hatte schwarz-gelb zu verantworten.

Aus Gerechtigkeitsgründen und aus Solidarität mit unseren Kindern und Kindeskindern sowie nicht zuletzt aus friedenspolitischen Motiven müssen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten dafür sorgen, dass der Zugang zu Energie weltweit gelingt und somit die Abhängigkeit von endlichen Ressourcen so schnell wie möglich beendet wird – global gedacht und lokal gehandelt.

Unsere Verantwortung muss dabei auch gegenüber den Beschäftigten der konventionellen Energiewirtschaft gelten: Nicht die Unternehmen gilt es dabei zu schützen, sondern die Menschen, die hier heute noch in Lohn und Brot stehen. Der Markt gibt keine hilfreiche Lenkungswirkung, da er kurzfristig „denkt“ und nicht nachhaltig orientiert „lenkt“. Die herkömmliche Energiewirtschaft wird die Verantwortung gegenüber den Beschäftigten somit nicht aus sich heraus leisten. Das Maß an politischer Gestaltung, das einst zum fossil-atomaren Zeitalter führte ist nun zum Ausstieg aus



demselben gefragt. CO<sub>2</sub> bzw. Verschmutzung muss einen realen Preis für Klima-, Gesundheits- und Umweltbelastungen bekommen, sei es durch Umlagen, Abgaben oder Steuern.

Fazit: Wir brauchen einen realen CO<sub>2</sub>-Preis.

#### Annahme 3:

„Die Verwendung von regenerativem Strom für Elektromobilität und Wärme ließe die EEG-Umlage durch die Decke gehen“.

Klar ist: Ein Mehrbedarf an Strom aus Erneuerbaren Energien, der sich sowohl aus unseren Klimaschutzverpflichtungen als auch unter Einbeziehung des Verkehrs- und Wärmesektors erschließt, führte im bisherigen System unweigerlich zu einer höheren EEG-Umlage. Eben aus diesem Grund wird derzeit regulierend vermieden, eine Ausdehnung der Verwendung von regenerativem Strom für andere Bereiche zuzulassen (mit Ausnahme einer begrenzten Verwendung von Überschussstrom bis zwei GW auf Grundlage einer Verordnung, wie sie auf Drängen aus Schleswig-Holstein in das EEG 2016 aufgenommen wurde): Der einfache Stromkunde soll nicht über seine (dann entsprechend erhöhte) Umlage auch noch den Strom für das Elektroauto des Nachbarn zahlen müssen. Sicher wäre dies so gesehen keine Lösung! Statt aber nun die Verwendung regenerativen Stroms für die sogenannte Sektorkopplung zu unter-

binden, sollte der Kreis der Umlageverpflichteten erweitert werden – um den Verkehrs- und den Wärmesektor.

Mit einer Ausdehnung des regenerativen Strombedarfs in sowohl den Wärme- als auch den Verkehrssektor brauchen wir zudem neue Ausbauziele für Erneuerbare Energien. Denn der kalkulierte Ausbaupfad von 40-45 % Anteil Erneuerbarer Energien bis 2025 unterstellt eine Trennung der Sektoren Strom, Wärme und Verkehr und fokussiert einen reinen „originären“ Stromsektor.

Fazit: Die Wende in den Sektoren Mobilität und Wärme stehen noch am Anfang – und bieten große Chancen für alle, die sie erkennen.



DR. NINA SCHEER,  
Mitglied des Deutschen Bundestages

## Wir brauchen gute Handelsabkommen, die faire Standards setzen

Am 19. September hat der Parteikonvent in Wolfsburg seine Position zum geplanten Handelsabkommen der EU mit Kanada beschlossen. Auch die deutsche Gruppe der SPD-Europaabgeordneten hat sich lange und intensiv mit dem Thema auseinandergesetzt. Bis das Europäische Parlament voraussichtlich im Frühjahr 2017 über CETA entscheidet, wird sie das auch weiterhin tun. Federführend bei uns ist der niedersächsische SPD-Europaabgeordnete und Vorsitzende des Handelsausschusses, Bernd Lange, der wenige Tage vor dem Parteikonvent noch mit kanadischen Gewerkschaften und Regierungsvertretern vor Ort über CETA gesprochen hat.

Ich bin sehr stolz darauf, dass sich meine Partei – als einzige – trotz des immensen öffentlichen Drucks die Zeit nimmt, die einzelnen Aspekte dieses wichtigen Abkommens sorgfältig abzuwägen und zu diskutieren. Ebenso wie wir SPD-Europaabgeordneten ein „Ja“ zu CETA in der ursprünglichen Form für falsch hielten, wäre ein generelles „Nein“ verfrüht. Schließlich würde es uns der Möglichkeit berauben, mit der neuen und aufgeschlosseneren kanadischen Regierung nachzuverhandeln und am Ende ein Er-

gebniszuerzielen, das dazu beiträgt, für fairere Regeln auf den globalen Märkten zu sorgen.

Denn bei allen Risiken, die im Blick gehalten werden müssen, bieten Handelsabkommen auch Chancen: Für wirtschaftliches Wachstum und die Sicherung von Arbeitsplätzen – vor allem aber weil die Globalisierung fortschrittliche Regeln braucht.

Ich bin der Meinung, dass ein CETA-Vertrag, der die sozialdemokratischen „roten Linien“ nicht überschreitet, fortschrittlicher ist als das aktuell gültige Handelsabkommen mit Kanada aus dem Jahr 1976 und die zahlreichen Nebenabkommen. Denn in CETA sind erstmals wichtige Kapitel zu Arbeitnehmerrechten (Artikel 23), Umweltschutz (Art. 24) und Nachhaltigkeit (Art. 22) aufgenommen. Gleichzeitig wird in Art. 23.4 und 24.5 darauf verwiesen, dass ein Dumping-Wettbewerb ausdrücklich abgelehnt wird. Ferner hat Kanada auf Drängen der EU sieben von acht ILO-Kernarbeitsnormen unterzeichnet und erklärt, das fehlende achte Kapitel zügig zu ratifizieren. Das sind sozialdemokratische Prinzipien, die in vielerlei Hinsicht fortschrittlichere Regeln und Standards

festschreiben, als dies in bisherigen europäischen und deutschen Handelsabkommen der Fall war. Allerdings gibt es auch noch offene Punkte und Fragen, die weiterer Prüfung und Klärung bedürfen.

So sind insbesondere Nachverhandlungen beim Investitionskapitel, dem Negativlistenansatz und im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge notwendig. An die jetzt bevorstehenden Nachverhandlungen haben wir deshalb klare Erwartungen, und erst wenn sich hier Ergebnisse erkennen lassen, werden wir uns als europäische Sozialdemokraten erneut mit dem Text befassen und ihn nochmals sorgfältig prüfen.



ULRIKE RODUST

Abgeordnete im Europäischen Parlament

## Neues von den JUSOS

Das Thema des Jahres ist für die Jusos Rendsburg-Eckernförde die Gesundheitspolitik. Diesem Thema widmet sich insbesondere der neue Stachel.

Wir haben uns aber dieses Jahr auch schon um einige andere Themen gekümmert:

Unsere erste Veranstaltung war im Mai eine Podiumsdiskussion zur Situation von Scheidungs- und Trennungskindern. Zusammen mit Mitarbeiterinnen der Diakonie und des Frauenhauses Rendsburg, sowie dem Landtagsabgeordneten Kai Dolgner wurde darüber diskutiert, was Kinder und alleinerziehende Elternteile brauchen.

Im Juni fand das Tagesseminar zur Sozialpolitik statt. Ein Vertreter der DGB Jugend informierte die Teilneh-

mer\*innen über die Entwicklung der Arbeit, prekäre Beschäftigung und gab einen Ausblick auf die zukünftigen Forderungen. Anschließend wurde über die Rente diskutiert, die eines der wichtigsten Themen im Bundestags-



Der Juso-Vorstand hat viele neue Gesichter:

v.l.n.r.: Tarik, Katja, Lennart, Yannick, Kjell  
(Nicht im Bild: Tarek)

wahlkampf 2017 werden dürfte. Den Abschluss der Veranstaltung bildete ein Workshop zum Arbeitslosengeld, in dem aufgezeigt wurde, was Arbeitslose tun müssen, um bestimmte Leistungen zu erhalten.

Beide Veranstaltungen sind sehr erfolgreich gewesen.

Im Juni hat Katja nach zweieinhalb Jahren den Kreisvorsitz abgegeben. Auf der Kreisvollversammlung wurde Lennart zum neuen Kreisvorsitzenden gewählt, außerdem hat es auch im Kreisvorstand selbst einige Veränderungen gegeben. Nach langjähriger Arbeit mussten wir Felix am Anfang des Jahres aus dem Vorstand verabschieden. Im Juni verabschiedeten wir auch Oscar, Niklas und Calvin aus dem Kreisvorstand.



## Arbeitsgemeinschaft SPD 60plus

### Die Frage ist... „Wohin steuert die SPD?“

Am 8.07.2016 lud die Kieler AG 60plus zu einer Diskussion mit Ralf Stegner und mir, nach Kiel ins Walter-Damm-Haus. Ziel dieses Treffens war, den Ursachen einer möglichen Parteienverdrossenheit entgegen zu wirken und nach Wegen zu suchen den Ursachen auf den Grund zu gehen.

Wie können wir dazu beitragen die SPD wieder attraktiver für alle Menschen machen zu können?

Auf diese Frage gibt es natürlich keine schnelle Antwort, aber wir können erkennen, was falsch läuft und wo wir mit unserer Argumentation ansetzen müssen.

Es ist immer schwerer, mit sachlichen Argumenten seinen Standpunkt zu vertreten, weil das voraussetzt, sich mit einem Thema befasst zu haben und das bedeutet Konzentration und vorarbeiten.

Leichter haben es dabei die „Rechtspopulisten“, die Angstmacher, die mit plumpen Parolen irrationale Ängste schüren. Sie gaukeln simple Lösungen vor und setzen darauf, dass ihre Saat aufgeht.

Ein grosser Teil unserer Bürger befasst sich nur oberflächlich mit politischen Entwicklungen und ist somit leicht zu beeinflussen durch diese Art der „Bauernfängerei“.

Das hatten wir in Deutschland alles schon einmal... und ich dachte Geschichte könne sich in dieser Form niemals wiederholen, weil die Menschen durch die schnellen Medien viel besser informiert sind. Aber falsch gedacht, wenn wir nicht gut aufpassen und unsere Argumente vom den Bürgern auf der Straße nicht verstanden werden, bekommen diese reaktionären Gruppen weiteren Zulauf. Dann fehlt nur noch der Rattenfänger.



Ralf Stegner mit Dieter Hess und Gerd Finke von der AG 60plus Rendsburg-Eckernförde

GERD FINKE  
AG 60plus

## STARK im NORDEN! AG 60plus mit neuem Vorstand

**Diese Arbeitsgemeinschaft sollte keiner unterschätzen. - Wir können alles außer Juso!**

Viele namhafte Politiker haben das sechzigste Lebensjahr längst überschritten und erfüllen uneingeschränkt ihre verantwortungsvollen Aufgaben. Sogar Angela Merlel befindet sich schon im zweiundsechzigsten Lebensjahr.

Das war auch Thema der XII. Ordentlichen 60plus-Landeskonferenz, am 26. September 2016, im Hotel „Prisma“, in Neumünster.

**Mitreden – mitentscheiden – mitgestalten  
...denn Alter hat Zukunft!**

Mein Stellvertreter, Bernhard Fleischer, war bisher Mitglied im Landesvorstand der AG 60plus und kandidierte für dieses Amt nicht mehr. Bernhard ist Beisitzer im SPD-Kreisvorstand und befasst sich mit zahlreichen weiteren



v.l.n.r.: Hans-Peter Warnholz, Uwe Kronz, Walburga Utecht, Bernhard Fleischer, Peter Ohlsen, Renate Brunkert, Gerd Finke. Es fehlen Heidrun Isolt und Wilhelm Hesterberg.

Foto: Jörg Harmer

Aufgaben. Der Kreis Rendsburg-Eckernförde ist somit in diesem Gremium nicht mehr vertreten. Die Informationen der Landes-AG werden aber an mich geleitet und somit bekommen wir alle Infos die wir für unsere Arbeit benötigen.

Was jede Genossin und jeder Genosse wissen sollte:

- Der AG 60plus gehören automatisch alle SPD Mitglieder ab dem 60. Lebensjahr an. Das sind ca. 250.000.
- Eine formale Mitgliedschaft gibt es

nicht, die AG arbeitet eigenständig.

- Sie hat einen organisatorischen Aufbau, analog zum Aufbau der SPD. Sie fasst eigenständige Beschlüsse.
- 60plus-Gliederungen gibt es auf allen Ebenen der SPD, im Ortsverein, im Landesverband und auf Bundesebene.
- Die AG 60plus hat das Antrags- und Rederecht für den Parteitag der jeweiligen Ebene.

FÜR DEN VORSTAND  
GERD FINKE

## Kommentar

### Warum machen wir das eigentlich: Windkraft?

In den letzten Monaten sind es fast allein die Windkraftgegner, die Schlagzeilen in den Medien und Raum für Leserbriefe bekommen. Wer sich in diesem Klima pro Windkraft äußert, ist schnell in der Gefahr, als „ewig Gestrigter“ zu gelten, es ist offensichtlich Zeitgeist, pauschal gegen Windkraft zu sein. Eigentlich ist ja genau anders herum...

Die Gegnerschaft zu Windkraft und damit Windmühlen nimmt einen immer breiteren Raum in der politischen Auseinandersetzung ein, Differenzierung geht leider zu oft verloren.

Verloren geht damit vor allem auch der Anlass, der zur Entscheidung für die Energiewende und damit für die Windenergie in Deutschland geführt hat: Der Wille zum Ausstieg aus der Atomenergie!

Es scheint so, als würden viele Windkraftgegner dieses Ziel gar nicht mehr kennen.

Tschernobyl ist 30 Jahre her und Fukushima 5 Jahre, ganz offensichtlich verblassen die schrecklichen Tatsachen nach diesen Katastrophen. Fukushima war der Grund für die damalige schwarz-gelbe Bundesregierung, der man bestimmt nicht Ökoromantik vorwerfen konnte, das Ende der Atomkraft in Deutschland (ein zweites Mal) zu besiegeln.

Nur zur Erinnerung: Die rot-grüne Vorgängerregierung hatte einen Vertrag über den Ausstieg mit der Atomindustrie abgeschlossen („Atomkonsens“), den Schwarz-Gelb aufgehoben hatte, damit die von Rot-Grün vereinbarten Laufzeitbeschränkungen wegfallen können. Nur deshalb musste Schwarz-Gelb den Ausstieg nochmal beschließen, die Steuerzahler werden das noch teuer bezahlen.

Windkraftgegner scheinen zu vergessen, dass die Katastrophe von Tschernobyl in ganz Europa Schäden hinterlassen und das bis dahin bestehende Vertrauen der Bevölkerung in Atomreaktoren stark in Zweifel gezogen hat. In Deutschland waren Milch, Fleisch, Gemüse und Getreide kontaminiert, viele Spielplätze wurden gesperrt. Wildschweine, Beeren und manche Pilze sind noch heute weit über die



für Nahrungsmittel geltenden Grenzwerten verstrahlt. Allein in Bayern ist der Tschernobyl-Fallout zwischen Oktober 1986 und Dezember 1991 für bis zu 3.000 zusätzliche Fehlbildungen verantwortlich. Das alles will ich nicht wieder!

Es gibt noch keine Lösung für den Atom Müll und wir produzieren ihn trotzdem weiter. Gorleben kostet den Steuerzahler (!!!) jedes Jahr Hunderte von Millionen EUR, die nicht auf den Strompreis umgelegt werden.

Der Müll aus Atomkraftwerken kommt im Übrigen näher. Schwach radioaktiver Bauschutt vom Kraftwerk Krümmel soll u.a. in der Deponie Schönwohld bei Achterwehr gelagert werden (KN vom 20.5.2016). Die Deponie hat den Abstand von rd. 15 km Luftlinie zur Grundschule Holtsee. Das ist etwas, was ich für sehr unberechenbar halte.

Bei der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl waren unsere Kinder knapp 2 und 3 Jahre alt und meine Frau und ich waren sehr verunsichert durch die nicht fassbare Belastung durch die radioaktive Wolke, die über Europa lag. Wir waren in Sorge, ob wir es schaffen würden, nicht kontaminierte Lebensmittel zu bekommen, damit unsere Kinder gesund zu ernähren waren.

Die Mitgliedschaft im Verein „Eltern für unbelastete Nahrung“ war absolute Pflicht, weil über deren Veröffentlichungen darüber informiert wurde,

wo wir unbelastete Nahrung beziehen konnten. Der Verein hatte Messgeräte beschafft und bekam von den Mitgliedern Lebensmittel und Bodenproben zugesandt, um ein halbwegs belastbares Kataster aufzustellen, was man essen kann und wo unsere Kinder noch halbwegs risikolos in Sandkästen spielen könnten. In der ganz harten Zeit mit den sehr hohen Werten haben wir Spaziergänge nur in „Betonwüsten“ gemacht, z.B. in Damp oder auch in Städten.

Dies ist mein ganz persönlicher Hintergrund, alles und jeden Weg zu unterstützen, der von der Atomkraft wegführt. Meine Frau und ich möchten so eine Situation nie wieder erleben und wir wünschen auch niemandem, dies jemals mitzumachen.

Windkraft ist nur ein Beitrag zur Energiewende und ist damit nicht der alleinige Weg zur Lösung von der Atomenergie. Forschungen müssen in alle Wege der alternativen Energiegewinnung intensiviert und dafür auch die entsprechenden Mittel bereitgestellt werden.

Dem weiteren Fortgang der alternativen Energien ist zu wünschen, dass z.B. der Erforschung von Lösungen für Speicherungen von Energie, der Erforschung weiterer Energiequellen wie Geo-Thermie und von umsetzbaren Betriebsmodellen wie Smart Grids aus Steuermitteln (!! ) Geld in ähnlicher Größenordnung bereitgestellt wird,



wie es für die Erforschung der Atomtechnologie erfolgt ist. „Smart Grids - intelligente Stromnetze - unterstützen einerseits das Zusammenspiel von Energieangebot und Energienachfrage, andererseits die Integration der Erzeugung aus erneuerbaren Energien. Für das Stromnetz der Zukunft müssen neue, intelligente Technologien und Dienstleistungen entwickelt werden.“ (www.smartgrids-net.de)

Nicht zu vergessen: Bei aller Euphorie über die Möglichkeiten der alternativen Energiegewinnung muss natürlich weiter an Modellen und Methoden zur Energieeinsparung gearbeitet werden.

Eine Untersuchung des prognos-Instituts aus dem Jahr 2012 kam zu dem Ergebnis, dass der Strompreis einer kWh aus Atomkraftwerken 2,56 EUR betragen müsse, wenn alle staatliche Fördermittel und das Risiko der Endlagerung in den Preis eingerechnet wären. Zum Vergleich: Der Strompreis aus Windenergie beträgt gut 10% davon, also knapp -,30 EUR, trotz der EEG-Umlage und trotz des garantierten Strompreises auch für kWh, die nicht zu Verbrauchern fließen.

Atomenergie wird und wurde seit Jahrzehnten aus Steuermitteln gefördert. Die Bundesregierung hatte 2010 rd. 200 Milliarden EUR als Summe über die Jahre genannt, lt. Greenpeace waren es bis 2010 sogar 300 Milliarden EUR. Die alternativen Energien hätten diese Förderungen auch gern.

Und auch das: Völlig versteckt hinter der Diskussion über Windenergie arbeitet die CDU/CSU-Fraktion im



Bundestag an dem Ende der Brennelementesteuer für Atomkraftwerke. Für die Restlaufzeit der Reaktoren würde das ein Steuergeschenk in Höhe von gut 5 Milliarden EUR für die großen Stromkonzerne bedeuten.

Es gibt Dinge, die unbedingt beim weiteren Ausbau der Windenergie verbessert werden müssen. Dazu gehören u.a. die Überarbeitung der Abstandsregelungen, die Abschaffung der Blinklichter und vor allem die Bereitstellung von Mitteln, um ernstgemeinte Forschungen über gesundheitliche Belastungen durch den Betrieb von Windmühlen zu ermitteln und daraus auch gesetzliche Konsequenzen zu ziehen. Beim Bau von Autobahnen beispielsweise, die ähnlich dauerhaft mit Geräuschen die Umgebung belasten wie Windmühlen, ist dies ausgiebig betrachtet worden und dazu werden Lärmschutzmaßnahmen vorgegeben.

So könnte man beispielsweise Windkraftbauern zur Auflage machen, beim Überschreiten von bestimmten Immissions(!)-Werten den Einbau von Mehrfachverglasungen oder anderen Maßnahmen zu bezahlen.

Einige der hier genannten Fakten habe ich aus Veröffentlichungen von dem Verein „ausgestrahlt“ (www.ausgestrahlt.de) übernommen.



HUBERTUS FIEDLER  
SPD Holtsee

## Impressum

**Hrsg. / Verantwortlich für den Inhalt:**  
SPD-Kreisverband Rendsburg-Eckernförde  
Sönke Rix, Götz Borchert  
Nienstadtstraße 10  
24768 Rendsburg

**Redaktion:** Götz Borchert  
**Korrektur:** Petra Bräutigam  
**Layout:** Simon Bull

**Kontakt:**  
Tel.: 04331-4374602  
Fax: 04331-4374603  
kv-rendsburg-eckernfoerde@spd.de

### Bildnachweise:

www.flickr.com/photos/alles-banane/5774376821/  
www.flickr.com/photos/59683764@N00/5339465853  
www.flickr.com/photos/windwaerts/6877972668/  
www.flickr.com/photos/fufuwolf/8287541758/  
www.flickr.com/photos/63656950@N08/16865800671/  
www.flickr.com/photos/95657922@N03/23224300306/  
www.flickr.com/photos/debagel/30265322/